

bonnbonn

Anträge

— In einem am 24. Januar 1995 veröffentlichten Antrag der SPD-Fraktion (13/259) hat sich diese für eine Erleichterung der *Einbürgerung von dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern* ausgesprochen. Hier geht es darum, per Gesetz das Abstammungsprinzip um das Territorialprinzip zu ergänzen und Rechtsansprüche auf Einbürgerung zu schaffen, die schon nach einer Aufenthaltszeit von 5 Jahren möglich sein soll.

Anfragen – Antworten

— In einer am 21. Oktober 1994 veröffentlichten Antwort (12/8574) auf eine kleine Anfrage (128/540) der Gruppe BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN teilte die Bundesregierung mit, im Rahmen der *Europäischen Sozialfonds (EFS)* würden in der Bundesrepublik generell mehr Frauen als Männer gefördert. Der Anteil der Frauen bei der Maßnahme des Bundes betrage etwa 50 %, bei den Ländern im Durchschnitt 55 %. Er liege damit „wesentlich“ höher als der Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit. Die Regierung mißt der effektiven und effizienten Verwendung der Mittel des EFS hohe Prioritäten bei, weil durch einen zielgerichteten Einsatz „den Arbeitslosen in größerem Umfang geholfen werden“ könne. Von 1990 bis 1992 habe sich der EFS mit 639 Mill. ECU an den Aktionen beteiligt, wozu der Bund und die Länder 394 Mill. ECU beigetragen hätten. Dadurch seien bei einer durchschnittlichen Maßnahmedauer von 18 Monaten etwa 62.000 Personen durch die Länder gefördert worden, durch die Bundesanstalt für Arbeit 57.000 Personen.

— Mit einer kleinen Anfrage (13/71) fordert die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN die Bundesregierung auf, sich zur Lage der *Menschenrechte von Schwulen und Lesben* zu äußern. Vor dem Hintergrund, daß der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte inzwischen Verbote der einfachen Homosexualität unter Erwachsenen als Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention qualifiziert, möchten die Abgeordneten von der Regierung erfahren, wie sie die Lage von Homosexuellen beurteilt und was sie tun will, um diese zu verbessern.

Sonstiges

— Eine Sammeleingabe mit 126 Unterschriften, in der es um eine *Besserstellung von Frauen im Bereich des Wohnungsbaus* geht, soll an die Landtage übergeben werden. Eine Zuständigkeit des Bundes sei vorrangig nicht gegeben, hieß es am 18. Januar im Petitionsausschuß.

In der Eingabe war unter anderem gefordert worden, eine Berichtspflicht für Bund, Länder und Ge-

meinden über die Förderung des Wohnungsbaus für Frauen einzuführen. Dies müsse vor allem für Alleinerziehende und für Frauen mit geringem Einkommen gelten. Darüber hinaus ist eine Pflicht zur geschlechtsspezifisch differenzierten Wohnungsstatistik zu verankern, wird in der Petition verlangt.

Aus anderen Zeitschriften

Baer, Susanne: Objektiv-neutral-gerecht? – Feministische Rechtswissenschaft am Beispiel sexueller Diskriminierung im Erwerbsleben, in: *Krit. Vierteljahresschrift* 1994, 154.

Colneric, Nina: Der Ausschluß geringfügig Beschäftigter aus der Sozialversicherung als Verstoß gegen die Richtlinie 79/7/EWG, in: *ArbuR* 1994, 393.

v. Friesen, Juliane: Tarifliche und betriebliche Instrumente zur Frauen- und Familienförderung – Erfordernis und Ausgestaltung, *ArbuR* 1994, 405.

Fuchsloch, Christine / Weber, Ingrid: Geschlechterquoten im öffentlichen Dienst, in: *ArbuR* 1994, 409.

Hermanns, Manfred: Neuere sozialwissenschaftliche Befunde zum inhaltlichen Verständnis von Ehe und Familie, in: *FamRZ* 1994, 1001.

Linde, Godela: Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, in: *BB* 1994, 2412.

Niemeyer, Gisela: Die berufstätige Frau im Einkommensteuerrecht – nur ein Annex der Ehegatten- und Familienbesteuerung, in: *FuR* 1994, 193.

Schiek, Dagmar: „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ – vereinbar mit der arbeitsmarktlichen Gleichstellung von Frauen?, in: *Krit. Justiz* 1994, 511.

Sowka, Hans-Harald: Die Frage nach der Schwangerschaft, in: *NZA* 1994, 967.

Buchhinweise

Degener, Theresia: Behinderte Frauen im Recht der beruflichen Rehabilitation, hrsg. vom Hess. Netzwerk behinderter Frauen, bifos Eigenverlag, Kassel 1994.

Schiek, Dagmar: 2. Gleichberechtigungsgesetz für die Privatwirtschaft, Textausgabe mit Kurzkommentierung, Bund-Verlag, Köln 1995.

Schreiber, Christiane: Die nichteheliche Lebensgemeinschaft, Jehle-Rehm-Verlag, München 1995.

Stellenangebot:

Engagierte **Rechtsanwältin** gesucht.

Rechtsanwältinnen Sorgalla, de Corne, Hochstr. 60, 47798 Krefeld, Telefon: 0 21 51 / 2 23 85